

Politische Rundschau

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **36 (1956-1957)**

Heft 5

PDF erstellt am: **17.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Freiwillige Disziplin

Das Echo, das die Aussprachen vom 3. und 4. Juli über die Dämpfung des Lohn- und Preisauftriebes gefunden haben, hat gezeigt, daß über die Entwicklung der letzten Zeit ein weit verbreitetes Unbehagen besteht. Insofern hat *Bundesrat Holenstein* mit seiner Einladung an die Spitzenverbände einem verbreiteten Bedürfnis entsprochen. Was war das Resultat der Konferenzen? Wer ein fixfertiges Ergebnis erwartete, wurde enttäuscht. Wer sich aber Rechenschaft darüber gab, daß die erste Aussprache nur einen Anfang darstellen konnte, wird die Ankündigung der Fortführung der Besprechungen mit Befriedigung vermerkt haben. Daß diese bis nach der Ferienzeit verschoben ist, scheint unvermeidlich und wird übrigens nichts schaden. Die Ergebnisse der Lohnbewegungen, die zur Zeit im Gange sind, sind schon weitgehend präjudiziert. Überraschende Preisentwicklungen sind nicht wahrscheinlich. Für die Gespräche wird also ein gewisser Zeitraum zur Verfügung stehen.

Dankbar darf man vermerken, daß die inflatorischen Kräfte, welche die gegenwärtige Hochkonjunktur begleiten, in der Schweiz bisher weit geringere Auswirkungen hatten als in den meisten andern Staaten. In den übrigen europäischen Ländern war der Auftrieb zumeist stärker. Vor allem aber hat die Zunahme der Nachfrage infolge der steigenden Kaufkraft weder unsere Währung noch unsere Zahlungsbilanz erschüttert, wie dies in manchen andern Staaten der Fall war und noch ist. Wir kennen auch nicht das hektische Geschehen in Deutschland, wo sich Preis- und Lohnauftrieb sowie die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung stärker drängen und wo zwar die Zahlungsbilanz in Ordnung, der Kapitalmarkt aber ausgetrocknet ist, während gleichzeitig infolge der Überschüsse in der Europäischen Zahlungsunion sich langfristige Auslandguthaben ansammeln; Erscheinungen, welche die Frage nach der richtigen Währungsrelation auftauchen lassen.

Das Unbehagen in der schweizerischen Öffentlichkeit hat aber trotzdem seine Gründe. Mag es bislang relativ gut gegangen sein, so erscheint die Zukunft als wenig rosig. Steigende Löhne werden auch die Kosten der Landwirtschaft in die Höhe gehen lassen. Die Forderung, sie möge ihre Produktivität erhöhen und der Bund möge ihr helfen, ihre Kosten tief zu halten, hat viel für sich. Sie wird sich aber nicht mit der wünschenswerten Raschheit verwirklichen lassen. Steigende Agrarpreise bilden aber auch künftig neuen Anlaß oder Vorwand für Lohnbegehren. Die Forderung nach der Übernahme von Preiserhöhungen, vor allem bei der Milch und den Milchprodukten, durch den Bund dürfte noch lauter erhoben werden als bisher. Würde ihr entsprochen, so geriete die Eidgenossenschaft in der Zeit des höchsten je verzeichneten Volkseinkommens in den Sündenfall der Verbilligungssubventionen. Als Sündenfall verdienten diese nicht nur deswegen bezeichnet zu werden, weil man erfahrungsgemäß fast nicht mehr aus ihnen herauskommt, sondern auch, weil sie eigentliche Inflationspolitik wären. Die Kaufkraft, die der Verbraucher hier sparen könnte, würde sich andern Gütern zuwenden, dem unveränderten Warenangebot stünde eine noch vergrößerte Nachfrage gegenüber. Staatszuschüsse mögen die inflatorischen Kräfte verdecken,

zugleich stacheln sie sie aber an. Man hat dies wider Willen beispielsweise im sozialistisch regierten Norwegen erkennen müssen, wo der Abbau der Verbiligungssubventionen eine Hauptwaffe im Arsenal der antiinflatorenischen Maßnahmen darstellte.

Ob die weiteren Konferenzen ein positives Resultat erbringen werden, wird weitgehend vom Geschick und dem Einsatz von Bundesrat Dr. Holenstein abhängen. Es ist daher wertvoll, daß man heute auf Grund der stattgehabten Konferenzen seine Auffassung kennt. Der Fortschritt in der Produktivität sollte nach seiner Meinung nicht einseitig verteilt, sondern zur Erhöhung der Löhne, zur Abtragung neuer Investitionen *und* zur Senkung der Preise verwendet werden. Da einzelne Preise und Kosten sich unweigerlich erhöhen, ist ein stabiles Durchschnittsniveau in der Tat nur möglich, wenn andere Preise und Kosten heruntergehen. Dabei darf sich das Lohnniveau — auch das ist ein Gedankengang von Bundesrat Holenstein — nicht nach den produktivsten Wirtschaftszweigen allein ausrichten. Die andern müssen in der Zeit der Vollbeschäftigung das allgemeine Niveau ebenfalls einhalten. Das können sie aber nicht ohne Kostenabwälzung auf die Preise. Der Übergang von der Preis- zur Mengenkonzunktur macht zudem Beschäftigung und Wettbewerbsfähigkeit gegen weitere Kostensteigerungen empfindlicher.

Was tun? Spektakuläre Maßnahmen sind in der Schweiz schwerlich möglich. Vieles von dem, was nun vom deutschen Bundestag gutgeheißen worden ist — mäßige Zölle, liberale Einfuhr auch aus der Dollarzone, verhältnismäßig liberale Zulassung fremder Arbeitskräfte, Verzicht auf Sondermaßnahmen zugunsten des Exports — üben wir seit langem und verdanken ihm zum Teil die geringere Anspannung. Wahrscheinlich schwebt Bundesrat Holenstein vor, durch die Weckung freiwilliger Disziplin ein allgemeines Maßhalten zu erlangen. Er will darüber hinaus wohl auch noch konkrete Vorkehrungen treffen. So wird er die Kantone erneut ersuchen, alle verschiebbaren Aufträge nicht jetzt zu vergeben und vor allem auch genügende Fristen für die Lieferung von Waren und die Ausführung von Arbeiten zu gewähren. Auch hat er die Kreise, die einer Senkung der Produktionskosten in der Landwirtschaft das Wort reden, ersucht, hierfür konkrete Vorschläge zu machen. Erst in den äußersten Umrissen ist hingegen sichtbar, wie er sich das zu bildende paritätische Gremium denkt. Es soll nicht eine Neuauflage des einstigen Stabilisierungsausschusses sein, der unter wesentlich andern Umständen gearbeitet hat. Aber was sonst? Ist ihm die Aufgabe zugedacht, die Konzeption, die Bundesrat Holenstein nur sehr allgemein umrissen hat, genauer auszuarbeiten und hierauf auf dem Wege der Freiwilligkeit, der Überzeugung, für sie Nachachtung in der wirtschaftlichen Praxis zu schaffen? Das Mißbehagen über einen weiteren Preis- und Lohnauftrieb mag die psychologischen Voraussetzungen für einen gewissen Erfolg bieten.

Man darf inzwischen die Bemühungen der *britischen Regierung* mit Interesse verfolgen. Sie bestrebt sich sichtlich, die «inflatorenische Mentalität», den fatalistischen Glauben an die Unvermeidbarkeit eines weiteren Auftriebes, zu brechen, indem sie sich, vorerst für ein Jahr, um die Stabilhaltung der Preise der Güter und Dienstleistungen der verstaatlichten Betriebe bemüht. Der Spitzenverband der britischen Industrie hat die Regierung durch einen Aufruf, Maß zu halten, sekundiert. Gewiß — es ist nicht leicht, durch den Appell an Einsicht und guten Willen den Auftriebskräften beizukommen, die schließlich der Vollbeschäftigung, der starken Nachfrage, der Verbrauchsneigung, der fiskalisch mitbedingten Stimulierung der Investition und der Tatsache, daß Investitionen wesentlich früher Kaufkraft schaffen, als sie das Angebot vermehren, entstammen. Und trotzdem haben Einsicht und freiwillige Disziplin schon manches vermocht. Die Schwierigkeiten sind allerdings nicht zu unterschätzen. Der Streikbeschluß in der britischen Autoindustrie wegen der Entlassung von 6000 Arbeitern, die anderswo

leicht, wenn auch vielleicht zu weniger guten Bedingungen, Beschäftigung fänden, zeigt, wie schwer es ist, über den eigenen Schatten zu springen.

Das Schweizervolk hat Grund, den Bemühungen um eine Stabilisierung guten Willen entgegenzubringen. Das wirtschaftliche Wohl des Landes hängt schließlich von der Erhaltung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit ab. Diese besitzt angesichts der nun seit 1947 (!) dauernden gegenläufigen Entwicklung der Exportpreise und der Löhne — die Preise sinken, die Löhne steigen — keinen großen Spielraum mehr. Ihr Sorge zu tragen, mehr als bisher, ist ein aktuelles Gebot.

Helveticus

Bericht aus Paris

Wellengang bei den Sozialisten

Bei den letzten Abstimmungen hat sich die parlamentarische Mehrheit im Palais Bourbon merklich verschoben. Die Kommunisten, die im Januar ihre Stimmen aus taktischen Gründen Herrn Guy Mollet geschenkt hatten, haben inzwischen der Regierung ihre Gefolgschaft aufgesagt, was diese von einer lästigen Hypothek befreit. Die Unterstützung gewisser gemäßigter Kreise hat sie aber nicht erhalten, so nicht diejenige Paul Reynauds, der gegen das Kabinett stimmte, während sich die zahlreicheren anderen, dem Beispiel Antoine Pinays folgend, eines Votums enthielten. Dem Ministerpräsidenten dürfte dieses Resultat indessen keineswegs unerwünscht kommen, denn eine allzu massive Stärkung der Rechten bedrohte die sozialistischen Reihen wie auch die radikale Partei mit einer Erweiterung der Risse und Spaltungen, welche bei beiden zutage treten. Einige sozialistische Parlamentarier hegen den Wunsch nach sofortiger Aufnahme von Verhandlungen mit den algerischen Rebellen. Diese Meinungen spiegeln die Tendenz der Minderheit wider, die anlässlich des neulichen Kongresses der S. F. I. O. gegenüber der Politik des Kabinetts Mollet gewisse Vorbehalte anmeldete. Auffallen mußte die Äußerung des Deputierten Deixonne, der im Zusammenhang mit dem Rücktritt von Pierre Mendès-France erklärt hat: «Nicht die Regierung wurde durch die Demission von Pierre Mendès-France in ihrem Ansehen geschädigt, sondern Mendès-France in seinem eigenen.» Im ganzen hat der sozialistische Kongreß — und das gilt namentlich für die starken Vertretungen der Departemente Nord und Pas-de-Calais — der Algerienpolitik der Regierung eine viel glänzendere Genehmigung erteilt als erwartet worden war. Er bestätigte außerdem dem Ministerresidenten in Algier, Robert Lacoste, seine Zustimmung und billigte die energische Weiterverfolgung der militärischen Operationen sowie die Durchführung der Agrarreform, deren unerschrockener Wegbereiter, wie jeder mann weiß, der sozialistische Minister selbst gewesen ist.

Gerechte Würdigung der Lage in Algerien

Glücklicherweise hat sich die internationale Meinung zu einer gerechteren Einschätzung der afrikanischen Realitäten bekehrt und die Wichtigkeit der algerischen Frage, von der Frankreichs Zukunft abhängt, eingesehen. Nachdem sie sich eine Zeitlang in der Meinung gewiegt hatte, Algerien könne auch ohne Frankreich unter westlichem Einfluß behalten werden, gibt sie nunmehr die Bedeu-

tung des durch die Franzosen in Nordafrika vollbrachten Aufbauwerkes zu, anerkennt sogar, was durch die damit zusammenhängende Hebung des Lebensstandards der Einheimischen dort geleistet wurde. Der Welt leuchtet es jetzt ein, daß Algeriens Umgestaltung zur Volksdemokratie — etwa unter der Auswirkung eines Rückschlages in der französischen Politik — nichts anderes bedeuten könne, als daß ganz Nordafrika und allmählich wohl auch das schwarze Afrika, wo der kommunistische Einfluß sich mehr und mehr breit macht, unter die Obedienz des Obersten Nasser fiele, den Rußland heute so auffällig begünstigt.

Es sei uns erlaubt, daran zu erinnern, daß es seinerzeit Frankreich war, das, als es in Afrika Fuß faßte, den Maghreb aus dem lethargischen Schlummer aufgeweckt hat, in welchem er seit Jahrhunderten versunken lag. Frankreich war es, das in diesem Lande mit großzügigen Investitionen und Materiallieferungen eine ungeheure Leistung vollbracht hat, einen Überfluß geschaffen, der das wirtschaftliche Potential des Mutterlandes erhöht und Möglichkeiten zur Erschließung anderer Reichtumsquellen in sich birgt, wenngleich deren unmittelbare Ausbeutung noch auf Schwierigkeiten stößt.

Algeriens Außenhandel ist von 8 Millionen im Jahr 1835 auf 360 Milliarden im Jahr 1954 angestiegen. Die Betrachtung seiner demographischen Verhältnisse zeigt folgende Entwicklung: die Kindersterblichkeit ging zwischen 1901 und 1952 von 127 auf 70 vom Tausend zurück, während sie in Ägypten im Jahre 1928 205, im Jahre 1952 noch 163⁰/₀₀ betrug.

Ähnlich erfolgreich gestaltete sich die Gewinnung von Anbauflächen, deren Ausdehnung von 700 000 Hektaren im Jahr 1835 auf heute 6 Millionen Hektaren angewachsen ist. Davon sind 2 700 000 Hektaren verlassenen Gebieten und Sumpfländereien entrissen worden; sie haben sich nun in die fruchtbaren Ebenen der Mitidscha, der Habra und von Bône verwandelt. Französische Bauern sind es gewesen, die im vergangenen Jahrhundert hier ihr Glück gemacht haben — ohne Bulldozers, ohne landwirtschaftliche Maschinen. Freilich haben sich dabei viele zu Tode gearbeitet. Sie verdienen jedenfalls nicht, der Verachtung anheimzufallen, mit der man in unseren Tagen so gedankenlos den ganzen Kolonialismus abtun zu dürfen glaubt.

Als Zeugnis der französischen Tätigkeit in Nordafrika nennen wir des weiteren 8500 Kilometer Straßenlänge, elf große Stauwerke, zwanzig Wasserkraftwerke, ferner die elektrische Produktion, die von den 115 Millionen Kilowattstunden des Jahres 1928 auf 900 Millionen heutiger Kapazität gestiegen ist.

Aus dem Verlauf der kürzlich im Parlament stattgefundenen Debatte über die allgemeine Politik ging hervor, daß die Mehrheit sich nachgerade von der Notwendigkeit, in Algerien diese Kulturaufgabe fortzusetzen, überzeugt hat. Allerdings mußte der Abgeordnete Barrachin die endemische Notlage des Landes zugeben, wie eine solche übrigens in allen arabischen Ländern herrscht; die Lage in Algerien kompliziert sich noch durch die ausnehmend starke Zunahme der Bevölkerung, die für den sozialen Fortschritt eine schwere Beeinträchtigung bildet. Die Bevölkerung verdoppelt sich nämlich in geometrischem Verhältnis alle fünfundsanzig Jahre ¹⁾. Das bedeutet, daß sie sich in zehn Jahren um 2 300 000 Menschen vermehrt haben wird, die dann noch nichts leisten, trotzdem aber ernährt werden müssen. Allein die im Interesse der Einheimischen unternommenen Anstrengungen dürfen andererseits natürlich nicht zu einer politischen Lostrennung führen. Diesbezüglich fühlten sich die Franzosen in Algier verständlicherweise durch gewisse Äußerungen sozialistischer Führer tief verletzt, die

¹⁾ Algeriens Bevölkerung besteht aus 9 Millionen Arabo-Berbern, 1 200 000 Franzosen des Mutterlandes (darunter 150 000 nationalisierte Spanier, Italiener, Malteser) und einer ungefähr gleichen Anzahl Einwohner fremder Staatszugehörigkeit.

für den Zeitpunkt nach der erfolgten Befriedung die Umwandlung der algerischen Departemente in eine «Algerische Republik» forderten — welcher Auffassung der sozialistische Minister Eugène Thomas durch seine Erklärung, er persönlich habe sich diesen Standpunkt auch zu eigen gemacht, das Echo nicht versagte.

Ein aufsehenerregender Leitartikel von Raymond Aron

Die sozialistischen Wünsche liefern also genügend Stoff zu lebhaften Auseinandersetzungen, auch wenn sie einen Teil der öffentlichen Meinung gar nicht befriedigen. Letzteres ist für den Schriftleiter des *Figaro* und Journalisten von Ruf, Raymon Aron, der Fall, der in dem großen Morgenblatt der Politik des Außenministers, Herrn Christian Pineau, einen Artikel von ungewöhnlicher Strenge widmet. Raymon Aron scheut sich nicht, ihm vorzuwerfen, er benütze Vergnügungsreisen zu riskanten offiziellen Staatsunternehmungen und habe sich nach den Vereinigten Staaten begeben, um sich dort zum Verteidiger eines Dossiers, das man bisher dem Botschafter der Sowjets vorbehalten glaubte, aufzuwerfen. Man weiß freilich auch, daß sich Christian Pineau schon von jeher für eine von größerem Vertrauen inspirierte Haltung gegenüber der Diplomatie des Kremls eingesetzt hat und wünschen würde, die westlichen Regierungen knüpften gleich heute ihre Beziehungen mit den neuen Machthabern im Kreml enger. Diese politische Einstellung, die auch auf den bekannten Bericht Chruschtschews großes Gewicht zu legen scheint, hat den Leitartikler des «Figaro» zu beißender Ironie herausgefordert. Raymond Aron ist nicht geneigt, der in dem bewußten Bericht besprochenen Entstalinisierung auch nur die geringste Bedeutung beizumessen. Er fragt sich im Gegenteil, worin wohl der Vertrauensbeweis, wie ihn Christian Pineau so warm befürwortet, bestehen solle, nachdem von seiten Rußlands keine Verständigungsmöglichkeit jemals ernstlich genützt worden ist.

So ist es zum Beispiel schwierig, in der Rückenstärkung, die es dem arabischen Imperialismus gewährt, einen Beitrag zur Sache des Friedens zu erblicken. Die unfreundliche Geste der Sowjetregierung, die bei der UNO mit ihrem Votum das afrikanisch-asiatische Interesse gegen Frankreich geschützt hat, bildet einen weiteren Beweis — ohne zwar, daß ein solcher vonnöten wäre —, daß die UdSSR dem Gedanken einer gegenseitigen Annäherung der Völker nicht dienen will.

In Ägypten übrigens gehen die sowjetischen Führer mit Methoden vor, die nicht weniger deutlich gegen den Westen gerichtet sind als es die Tendenzen ihres Vorgängers Stalin waren. Doch gibt es noch Schwererwiegendes. Herr Christian Pineau hat sich, als er den Amerikanern riet, die der freien Welt entgegengestreckte Hand Sowjetrußlands zu ergreifen, die eigene Niederlage bereitet. Normalerweise wundert sich niemand darüber, daß in Washington seine phantasievolle Deutung der den Umbildungen des kommunistischen Regimes innewohnenden Problematik nicht verfiel. Die Zukunft wird zeigen, ob Frankreichs Außenpolitik sich noch lange in dieser Schwebelage halten können: bald der atlantischen Solidarität zugeneigt, bald erneute Annäherungsversuche nach Osten hin unternehmend, das heißt, den «Einsatz ohne Risiko», wie ihn Christian Pineau nannte, wagend — was wohl progressistische Kreise möchten, die Mehrheit der Franzosen jedoch nicht.

Rußlands neue politische Ziele

Die Tatsache, daß die Sowjets dem Obersten Nasser so weitgehenden Beistand leisten, läßt darauf schließen, daß Rußland sich bemüht, seine internationale Strategie im Hinblick auf neue politische Eroberungen in der Welt umzustellen.

Frankreich ist — neben Italien — das Land, in welchem die Gefahr einer *Revolution auf gesetzlichem Wege* (ein Ausdruck, den Schepilow, als er noch Chefredaktor der *Prawda* war, geprägt hat) am unmittelbarsten droht. Das heißt mit andern Worten, daß sich in diesen beiden lateinischen Ländern leicht eine Volksfront errichten ließe, was dann zu den sozialen Bedingungen führen würde, die man zu Recht als «Weg nach Prag» bezeichnet hat. Die anzuwendende Taktik besteht darin, die gemäßigte, die sozialistische Linke in Sicherheit zu wiegen, und zu diesem Zweck die Hypothek zu löschen, deren Beengung und ständiger Druck seit langem die westlichen kommunistischen Parteien belastet. Der Bericht Chruschtschews verfolgte keinen anderen Zweck, als dieser Entwicklung nachzuhelfen, und hat, wie man weiß, eine gewisse Abspaltung in der K. P. hervorgerufen, gleichzeitig eine Annäherung — besonders in Italien, dank dem Abgeordneten Nenni — an die sozialistische Partei bewirkt.

Von der gleichen Absicht inspiriert war Togliattis Reise nach Belgrad. Er wollte Marschall Tito vor dessen Start nach Moskau beauftragen, den sowjetischen Führern auseinanderzusetzen, wie vorteilhaft es für die kommunistischen Parteien des Westens wäre, Unabhängigkeit fingieren zu können. Die französischen Delegierten der kommunistischen Partei haben bei ihrem jüngsten Besuch in Moskau größere Vorsicht walten lassen. Was die Sowjets selber betrifft, so stellen sie als Frucht der Ereignisse in Posen betont fest, daß sie mit ihrem Zugeständnis einer größeren Selbständigkeit an die Bruderparteien nicht darauf verzichten, nach wie vor das Denkhirn des internationalen Kommunismus zu bleiben. Das Neue, ein Neues von tatsächlicher Wichtigkeit, da es den künftigen Volksfronten wie schon gesagt die Bahnen ebnet, ist die Erlaubnis an die westlichen kommunistischen Parteien, hinfort ihre demokratischen Referenzen mit Moskaus Zustimmung präsentieren zu dürfen. Welche Ergebnisse dieses Manöver zeitigen wird, muß im Augenblick dahingestellt bleiben; fest steht einzig, daß es sich bereits in Verwirklichung befindet und in Frankreich die Unterstützung einer beträchtlichen Anzahl Intellektueller genießt, welche, durch sowjetische Propaganda zum Neutralismus geführt, schon jetzt mehr oder weniger bewußt auf die westliche Solidarität und die atlantische Einigkeit verzichtet haben.

Dieselbe Abwehrhaltung — ganz nach Moskaus Wunsch — tritt in bezug auf die europäische Verständigung, und zwar im wissenschaftlichen Sektor der Euratom, zutage und gibt der systematischen Opposition gegen die EVG neue Nahrung. Die Regierung ihrerseits hat deutliche Stellung zugunsten der Euratom bezogen und ist der Auffassung, ein seinen europäischen Partnern angeschlossenes Frankreich, welches diese Partner von seinem eigenen Vorsprung profitieren läßt, gleichzeitig aber auch von ihnen industrielle Mitarbeit erbittet, werde auf dem Gebiet der Atomforschung alle seine Prärogative auch in Zukunft ungeschmälert bewahren dürfen.

Jean de Saint-Chamant

Bericht aus London

Nach der Commonwealth-Konferenz

Die neuliche Commonwealth-Konferenz wird wenig Einfluß auf die weitere Politik Großbritanniens haben. Beschlüsse konnten ja ohnehin nicht gefaßt werden. Das heutige Commonwealth ist weder ein Staatenbund noch ein Bündnis. Seitdem Indien und Pakistan Republiken geworden sind — ein Beispiel, dem Ceylon und Südafrika bald folgen werden —, ist auch keine Personalunion mehr vorhanden.

Bald wird Elisabeth II. nur noch Königin von Großbritannien (und Nordirland), Kanada, Australien und Neuseeland sein, also des britischen Mutterlandes und jener früheren Kolonien, deren Einwohner sich mehrheitlich als Briten betrachten, britisch fühlen und der Monarchie treu bleiben. Trotz diesem undefinierbaren Charakter bleibt das Commonwealth eine Genossenschaft (Association) unabhängiger Staaten, die, trotz dem völligen Mangel an staatsrechtlichen Bindungen, es für nützlich halten, gelegentlich gemeinsame Konferenzen abzuhalten und die britische Krone als gemeinsames Symbol ihrer Genossenschaft zu betrachten. Die größte Existenzberechtigung des Commonwealth ist wohl dessen Rolle beim Übergang einer Kolonie zur Selbständigkeit. Durch ihr Verbleiben im Commonwealth macht sie den Briten den Verlust eines Teiles des Empire weniger schwer. Freilich mußten die Briten den früheren Namen «British Commonwealth» aus Rücksicht auf die «antikolonialen» Empfindlichkeiten der Asiaten fallen lassen. Binnen kurzem werden zwei afrikanische Kolonien Mitglieder des Commonwealth werden: die noch von Weißen beherrschte «Federation of the Rhodesias and Nyasaland» und der reinrassige Negerstaat Ghana (die ehemalige Goldküste).

Trotz diesem Mangel einer politischen oder gar militärischen Allianz zwischen den westlich orientierten und den neutralistischen Mitgliedern des Commonwealth (Indien, Ceylon) spielen aber die sie einigenden wirtschaftlichen Bande doch eine große Rolle. Vor allem gehören ihre Mitglieder, ausgenommen Kanada, aber mit Einschluß der Irischen Republik, der von der Bank of England geleiteten Sterlinggruppe an. Dazu kommt die Imperial Preference, das heißt die gegenseitigen Zollbegünstigungen der Länder des ehemaligen British Empire. Überdies hat das Commonwealth, obwohl nicht alle Staaten dazu gehören, den sogenannten Colombo-Plan ins Leben gerufen, der den wirtschaftlichen Aufschwung der rückständigen Länder Südasiens, vor allem Indiens, Pakistans, Ceylons und Burmas bezweckt, natürlich mit Hilfe von Krediten der Bank of England.

Mit Ausnahme von Indien und Ceylon sind die Mitglieder des Commonwealth politisch-militärische Bundesgenossen, freilich nicht im Sinne eines einheitlichen Bündnisses. Großbritannien hat weitgehende militärische Vereinbarungen mit Kanada, Australien, Neuseeland und — teilweise — mit Südafrika. Großbritannien und Kanada sind Mitglieder des Atlantikpaktes. Großbritannien gehört mit Pakistan (und Persien, Irak und der Türkei) zum Bagdad-Pakt; mit Australien, Neuseeland und Pakistan (und mit Thailand, den Philippinen und Amerika) zum Südostasiatischen Bündnis. Deshalb gelten die geführten Verteidigungsberatungen der daran interessierten Mitglieder auch als Bestandteil der Commonwealth-Konferenz, was jedoch nicht ganz zutreffend ist. Die Gegensätze innerhalb des Commonwealth werden ja am besten dadurch illustriert, daß es den an einer gemeinsamen Verteidigung interessierten Mitgliedern nicht gelungen ist, den neuen Ministerpräsidenten von Ceylon, Bandaranaike, dazu zu bewegen, seine Forderung der Rückgabe des britischen Flottenstützpunktes in Trincomalee fallen zu lassen. Um so solidarischer sind aber diese Mitglieder des Commonwealth in der Ablehnung des Verlangens der «Neutralen», Großbritannien solle auch Zypern, Aden, Singapore und ähnlichen Stützpunkten volle Selbstverwaltung gewähren. Die Beweglichkeit der britischen Kriegs- und Luftflotte ist eine Bedingung ihrer Sicherheit. Ohne Stützpunkte könnte Großbritannien schwerlich eine Großmacht bleiben.

Dieser Gegensatz innerhalb des Commonwealth beruht auf der grundverschiedenen Einstellung der «Verbündeten» und «Neutralen» (Mitglieder) zur kommunistischen Gefahr. Nehru und Bandaranaike sind prinzipielle Gegner jeglicher Allianz. Sie glauben an Rußlands und Chinas Friedensliebe und wollen von der Unterjochung Ost-Europas, Nord-Koreas und Nord-Indochinas nichts wissen. Die Nachricht von der Posener Erhebung gegen die rote Tyrannei kam für sie als peinliche Überraschung. Nehru hat ein außerordentliches Talent, den sozialistischen Idealisten zu spielen, der immer recht hat, ob er nun Goa von

Portugal haben will oder den Einwohnern von Kaschmir das Selbstbestimmungsrecht verweigert (diese Frage ist ja auch zum großen Stein des Anstoßes innerhalb des Commonwealth geworden; Indien lehnt jede Vermittlung ab). Edens und Nehrus Eindrücke von ihren Unterredungen mit Bulganin und Chruschtschew gehen natürlich weit auseinander. Eine gewisse Annäherung ist bloß erfolgt in der Beurteilung der seit einem Jahre ersichtlichen Umstellung Rußlands in der Führung des Kalten Krieges. Das Nachlassen der Kriegsgefahr und die Basierung der sogenannten Koexistenz auf dem wirtschaftlichen Wettbewerb hilft den Indern und Ceylonesen zu einer bessern Perspektive in der Beurteilung der Vorteile der wirtschaftlichen Anlehnung an den Westen, im Vergleich zu den ebenso bombastischen als erfahrungsgemäß unzuverlässigen Angeboten Rußlands. Solange jedoch Nehrus «Neutralität» praktisch einer Unterstützung des russischen Standpunktes in der Frage der deutschen Wiedervereinigung und des chinesischen Standpunktes gegenüber Formosa, Korea und Indochina gleichkommt, bleibt selbst das gemeinsame Bekenntnis der Commonwealth-Mitglieder zur Demokratie problematisch. Vielleicht liegt also die größte Bedeutung des Commonwealth darin, daß den Mitgliedern weiterhin an gelegentlichem gemeinsamem Gedankenaustausch gelegen ist.

Jedenfalls hat das Commonwealth als solches aufgehört, die Grundlage für Großbritanniens Großmachtstellung zu bilden. Selbst die der britischen Krone treuen Länder, Kanada, Australien, Neuseeland, sind heute beinahe enger mit den USA verbunden als mit dem Mutterland. Großbritanniens afrikanisches Imperium ist ja auch in ständigem Rückgang begriffen, und die britischen Ölreichtümer Vorderasiens sind vom panarabischen Imperialismus des neuen Herrschers Ägyptens bedroht. Ohne die Hilfe der USA könnte heute Großbritannien seine Großmachtstellung gegen den Ansturm der kommunistischen Welt und des von ihr unterstützten exkolonialen Nationalismus nicht bewahren. Eden weiß das ganz genau. Daher ist und bleibt das Bündnis mit Amerika die Grundlage seiner Politik.

Zypern

Zypern bildet gegenwärtig wohl das schwierigste Problem Großbritanniens. Überraschend ist dabei, daß es für die Engländer so überraschend ein Problem geworden ist. Seit 1878 von den Engländern besetzt, ist die Insel erst durch den Friedensvertrag von Lausanne 1922 völkerrechtlich britischer Besitz geworden. Alle Versuche der Engländer, ihrer Tradition gemäß der Kolonie Selbstverwaltung zu gewähren, scheiterten am Verlangen der Einwohner nach Enosis, d. h. nach Vereinigung mit Griechenland. Vier Fünftel der 500 000 Einwohner sind Griechen und erkennen seit der Türkenzeit das jeweilige Haupt der griechisch-orthodoxen Kirche der Insel als Ethnarchos (Volksführer) an. Ihm steht ein Beirat zur Seite, in dem auch die Laien vertreten sind. Erst nach dem Sturze der Labour-Regierung im Jahre 1951 erklärte sich Erzbischof Makarios bereit, eine Selbstverwaltung anzunehmen und, statt der sofortigen Vereinigung mit Griechenland, die staatsrechtliche Zukunft der Insel von der Ausübung des Selbstbestimmungsrechtes zu einem mit London zu vereinbarenden späteren Zeitpunkt abhängig zu machen. Die Regierung Attlee wäre wohl hiezu bereit gewesen. Churchill machte jedoch Schwierigkeiten, und sein Minister für die Kolonien, Lyttelton, erklärte im Unterhaus, daß vom vollen Selbstbestimmungsrecht der Insel *niemals* die Rede sein könne. Zur Begründung dieses Standpunktes gab die Regierung sowohl strategische Gründe als Rücksicht auf die Interessen der Türkei an. 100 000 Zyprioten sind Mohammedaner und betrachten die Türkei als ihre eigentliche Heimat. Sowohl der führende mohammedanische Politiker in Zypern, Kütschük, als die Regierung in Ankara lassen heute keinen Zweifel darüber, daß sie sich jeder Lösung der

Zypernfrage widersetzen würden, welche «die Rechte der türkischen Minderheit» nicht vor Majorisierungsmöglichkeiten schützen könnte. Ein so weitgehendes «privilegiertes Statut» lehnen aber die Griechen als «antidemokratisch» ab. Da wegen dieser Einstellung der Türken der jetzige Minister für die Kolonien, Lennox-Boyd, Makarios eine auf gewöhnlicher Mehrheit in einem freigewählten Landtag beruhende Selbstverwaltung nicht garantieren konnte, hat ja der Ethnarch die Verhandlungen abgebrochen. Weil er dann die grauenhaften Terrorakte der Widerstandsbewegung des Generals Grivas (eines pensionierten griechischen Offiziers) nicht verurteilen wollte, ist er auf Befehl des Gouverneurs Harding festgenommen und deportiert worden. Daher der gegenwärtige Impasse, an dem die letzte Erklärung der britischen Regierung nichts ändert.

Wie lange der Impasse dauern wird, ist im Augenblicke nicht vorauszusehen. London wäre heute bereit, den Zyprioten eine weitgehende Selbstverwaltung zuzugestehen und ihnen das Recht der Selbstbestimmung, d. h. des Anschlusses an Griechenland, in zehn Jahren zu versprechen. Doch in Ankara droht man schon mit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen im Falle einer so weitgehenden britischen Nachgiebigkeit. Selbst eine eventuelle Teilung der Insel, d. h. die Umsiedlung der türkischen Bevölkerung in einen als Hinterland eines dauernden britischen Flottenstützpunktes reservierten Teil der Insel, würde die Türken nicht befriedigen. Nicht ohne Grund befürchten sie starken kommunistischen Einfluß in Zypern. Ganz abgesehen von dem von Athen aus unterstützten verbrecherischen Terror der griechischen Extremisten ist also das größte Hindernis für eine demokratische Lösung des Zypernproblems heute gewiß in Ankara zu suchen. Das müßte auch eine Labour-Regierung im Auge behalten, trotz der gegenwärtigen Befürwortung des verbannten Erzbischofs seitens der Opposition. Das gilt auch für Englands Kritiker in den Reihen seiner atlantischen Bundesgenossen, zu denen sowohl die Türken als die Griechen gehören.

Die Gärung im Mittelstand

Die Wahl eines neuen Mitglieds des Unterhauses in Tonbridge verursachte ein begreifliches Unbehagen in konservativen Kreisen. In diesem als «todsicher» geltenden Wahlkreise, in welchem der konservative Kandidat bei den letzten Wahlen mit über neuntausend Stimmen Mehrheit den Sieg davontrug, konnte er diesmal bloß mit knapper Mehrheit «durchkriechen». Mangel an Interesse für «by-elections» ist keine Erklärung. Beobachter der schon seit längerer Zeit feststellbaren Gärung im englischen Mittelstande waren weniger überrascht. Der Mittelstand, vor allem der wohlhabendere Teil des Mittelstandes, bildet die stärkste Stütze der konservativen Partei, und in jedem Wahlkampfe geht es ja eigentlich hauptsächlich um die Stimmen des weniger wohlhabenden und daher mehr schwankenden Teiles des Mittelstandes, zu dem sich ja auch viele hausbesitzende Arbeiter bekennen. Dieser Mittelstand ist aber heute der Regierung Eden gegenüber sehr kritisch eingestellt. Zu viele Hoffnungen sind enttäuscht worden. Die Steuerlast bleibt drückend und für den wirtschaftlichen Unternehmungsgeist höchst ungünstig. Die Kosten des täglichen Lebens werden für viele unerschwinglich und verursachen im besten Falle eine Erniedrigung der früher als «normal» betrachteten sozialen Stufe des Mittelstandes. Im Vergleich erscheint die Lage der organisierten Arbeiterschaft nicht nur als privilegiert; der Mittelstand wirft der Regierung vor, daß das ständige Nachgeben vor den Lohnforderungen der Arbeiter die Hauptursache der Teuerung sei, und daß sowohl der Mieterschutz als die Unterbringung von Arbeitern unter billigen Mietbedingungen in den aus öffentlichen Mitteln subventionierten Gemeindehäusern (Council houses) auf Kosten des «kleinen Mannes» eine neue, privilegierte Klasse schaffe. Dazu kommen allge-

meine Klagen über die «bürokratischen Auswüchse» und «das Unrecht» des «Wohlfahrtsstaates», welche verschiedenen Beamtenkategorien seinerzeit unerhörte Ermächtigungen zum «Einbruch» in die «heilige Burg» des Privatlebens der Engländer verliehen haben. Viele Leute beschwerten sich, daß sie nicht einmal mehr bei ihren Rechtsanwälten verständlichen Schutz vor der Unmenge von neuen, «verworrenen» Gesetzen finden können. Schuld daran ist natürlich «Whitehall», wie im Volksmunde der Sitz der Regierung genannt wird.

Der im allgemeinen sehr konservative Mittelstand ist unzufrieden mit einer konservativen Regierung, welche — wie sich ein «kleiner Mann» ausdrückte —, statt das Land von «den Übeln des Sozialismus» zu befreien, mutlos im sozialistischen Fahrwasser weiterschwimme. Der Mittelstand ist empört über die Haltung der Gewerkschaften, welche nicht nur nichts tun, um die Arbeiter zur Aufgabe ihrer aus der Zeit der Arbeitslosigkeit ererbten, die Produktivität einschränkenden «Gewohnheiten» zu bewegen, sondern sich durch ständig neue Lohnforderungen populär zu machen trachten. Dies tun viele ohne geringste Berücksichtigung der wirtschaftlichen Lage, welche nur durch Steigerung der Ausfuhr und Senkung der Preise aus der gegenwärtigen Krise herausgelenkt werden kann. Es ist gewiß sehr ungerecht, die Kritik an der Gewerkschaftsführung so zu verallgemeinern, wo doch gerade die Gewerkschaftsführer innerhalb der Gewerkschaften das größte Verdienst an den bisherigen Niederlagen der Kommunisten haben. Trotzdem ist die allgemeine Empörung im Mittelstand über die «Erpressungstaktik» der mit Streiks drohenden Arbeiter und über deren «arbeitscheue Langsamkeit» so groß, daß diese positive Beurteilung der politischen Verdienste der Arbeiterführer die Leute des Mittelstandes ganz kalt läßt.

Diese Stimmung bereitet natürlich der Regierung großes Kopfzerbrechen. Sie kann doch nicht weitere Schlappen wie in Tonbridge oder Newport riskieren. An die politische Vernunft appellierende Propaganda genügt nicht. Die Regierung braucht heute die aktive Unterstützung des Mittelstandes um so mehr, als ihre neueste Politik des Widerstandes gegen neue Lohnerhöhungen und neue Preissteigerungen ihre Beziehungen sowohl zu Arbeitgebern wie zu Arbeitnehmern sehr schwierig macht. Wenn die jetzt künstlich erzwungene Preisstabilität der staatlichen Unternehmungen (Eisenbahnen, Elektrizität, Bergbau, Gas), teilweise auf Kosten ihrer Rentabilität, die Gewerkschaften nicht zur Aufgabe ihrer Lohnforderungen bewegt, muß mit sehr ernstesten Streikmöglichkeiten gerechnet werden. Jegliche Lohnerhöhungen — ohne gleichzeitige Steigerung der Produktivität — würden sowohl Englands Konkurrenzfähigkeit auf den Weltmärkten als das ganze mühsam hergestellte Gleichgewicht in der inneren Wirtschaft untergraben. Das Volk muß dazu gebracht werden, weniger zu kaufen und mehr zu sparen. Der Mittelstand leidet ja am meisten unter den Folgen der Inflation, während die Arbeiterschaft heute die besten Kunden für jeglichen modernen Luxus (Automobile, Television usw.) stellt. Daher ist die Unzufriedenheit des Mittelstandes verständlich. Seine neuen Organisationen, die «Middle Class Alliance» und «Peoples League», erfreuen sich großer Popularität. Im Augenblick sind sie noch von Konservativen geleitet, obgleich die liberale Partei große Anstrengungen macht, um auf diesem Gebiete wieder aufzuleben. Es besteht wohl keine Gefahr, daß sich ein englischer Poujade finde. Aber trotzdem ist die Gärung im Mittelstand des noch sehr bürgerlichen Englands ein Problem, das die Regierung Eden wird lösen müssen, wenn sie nicht die nächsten Wahlen von vornherein verlieren will.

Man kann bloß hoffen, daß die besonders in der Automobilindustrie sich fühlbar machenden Schwierigkeiten, welche die Erhöhung der Umsatzsteuer und der Zinsen für Bankanleihen usw. hervorgerufen haben, einen wohlthuenden Einfluß auf die Arbeiterschaft haben werden. Zwar ist das Angebot noch viel größer als die Zahl der Entlassungen; aber das wiederauftauchende Gespenst der Arbeitslosigkeit mag doch vielleicht die Arbeiter daran erinnern, daß sie nicht

immer ihre Bedingungen werden diktieren können. Nur wenn die Regierung frei von Streikdrohungen wirtschaften kann, werden die Vorbedingungen für eine Besserung der Lage des Mittelstandes geschaffen sein und damit für eine Überwindung der wirtschaftlichen Krise.

Adam Romer

Bericht aus Italien

Kein Wunder, daß die Weltpresse in den vergangenen Monaten wenig über Italien zu berichten wußte, konnte es doch nicht mit Hauptattraktionsnummern wie Götzenstürzen, Empire-Konferenzen, Darmschlußoperationen auf präsidentieller Ebene u. a. m. aufwarten. Das einzige bedeutende Ereignis, das für einige Tage die Weltöffentlichkeit beschäftigte, waren die Ende Mai durchgeführten

Gemeinde- und Provinzwahlen,

die als eigentliche Hauptprobe für die in zwei Jahren fälligen Parlamentswahlen aufgezogen wurden. Dem demokratischen Lager hatte die wenige Wochen vor dem Urnengang eingesetzte De-Stalinisierung zugkräftige Propagandawaffen in die Hände gedrückt; doch zu der vielerorts erhofften Massenflucht aus der kommunistischen Partei ist es doch nicht gekommen. Wohl hat sie gesamthaft ca. 10% ihrer frühern Stimmzahl eingebüßt, die größtenteils zu den Linkssozialisten Nennis abgewandert sein dürften, der ja seit langem auch im Moskauer Fahrwasser schwimmt und für seine treuen Helferdienste vor wenigen Jahren noch von dem Diktator mit dem Stalin-Preis ausgezeichnet worden war. Ihrerseits haben die Linkssozialisten eine beträchtliche Stimmzahl an die Sozialdemokraten (Saragat) verloren, welche bekanntlich mit den christlichen Demokraten, den Liberalen und den Republikanern die Regierungskoalition bilden. Noch ausgeprägter war dieser heilsame

Zug auf die Mitte

auf dem rechten Flügel der Parteien-Konstellation, haben doch sowohl die »Missini« (Neofaschisten) wie die Monarchisten im Süden des Landes zugunsten der Democrazia Cristiana, der großen demokratischen Massenpartei, einen sehr kräftigen Stimmenverlust hinnehmen müssen. Trotz spektakulären Ausnahmen — wie der kommunistische Stimmenzuwachs in der roten Hochburg Bologna und der durchschlagende Erfolg des monarchistischen Stadtpräsidenten Lauro in Neapel als Dank für seine wahrhaft großzügige Renovierung der durch den Krieg schwer hergenommenen Hafenstadt — darf das Wahlergebnis, gesamthaft betrachtet, mit seiner Konzentration auf das demokratische Zentrum hin als erfreulich bezeichnet werden.

Ob Nenni, dank der Stimmenverschiebung im Linksblock sich allerends doch in demokratischem Sinne häuten wird, ist noch durchaus ungewiß. Seine allsonntäglichen Ergüsse im «Avanti» sind wahre Seiltänzerkunststücke nach der Regel: ein Schritt vorwärts — zwei zurück! Daß Togliatti trotz seiner eigenen ungemütlichen Lage alles versucht — selbst durch eine sehr weitgehende, wahrscheinlich abgekartete Kritik an Chruschtschew und Konsorten —, um seinen langjährigen Weggefährten Nenni bei der Stange zu halten, und ihn vielleicht als trojanisches Pferd ins demokratische Lager zu senden gedenkt, liegt auf der Hand.

Die ganze

innenpolitische Entwicklung ist in Fluß geraten.

Noch läßt sich nicht absehen, wohin sie führen wird. Wie immer wird sie weitgehend vom zukünftigen Verhältnis des Westens zum Osten beeinflusst werden.

Als bemerkenswerte Begleiterscheinung der Wahlen seien die Schwierigkeiten in der Aufstellung arbeitsfähiger Gemeinderäte und der Wahl von Stadtpräsidenten in Mailand, Rom, Genua, Florenz und andern Städten erwähnt. Es ist durchaus mit der Möglichkeit zu rechnen, daß an einzelnen Orten das Stadtpräsidentenamt von Regierungskommissären ausgeübt werden wird, sofern keine gemeinderätlichen Mehrheiten im Sinne der Römer Viererkoalition zu erreichen sind; andere «combinazioni» sind bis jetzt von den demokratischen Parteileitungen nicht zugelassen worden. Man muß Fanfani, Segni und vor allem dem unter Druck stehenden Saragat für ihre bisherige Standfestigkeit aufrichtig dankbar sein, denn die Marxisten versuchen mit allen Mitteln, auf kommunaler Basis eine «apertura a sinistra» zu verwirklichen, um dadurch die demokratische Regierungallianz zu sprengen und ein Volksfront-Regime von den Kommunisten bis zu den Christlichdemokraten zu errichten. Ob die soeben erfolgte Wahl des Mailänder Sindaco Ferrari mit den Stimmen der Kommunisten, Nennianer und Saragatianer gegen die strikten Parteidirektiven der letztgenannten Partei weitgehende Folgen haben wird, wird schon die nahe Zukunft zeigen. Die verantwortlichen Kreise und die nicht Moskau verpflichtete Presse trauen den Detento-Schalmeien aus dem Kreml nicht und lehnen ein Volksfrontexperiment ab, um so mehr, als die von der Linksoption stets nach Kräften geschürten

sozialen Spannungen

infolge der Erhöhung der Lebenskosten sich wieder zu verschärfen beginnen. Der soeben nur suspendierte Landarbeiterstreik ist ein deutliches Symptom!

Erwähnt seien noch die

Auslandreisen des Staatspräsidenten Gronchi,

die ein politisches Novum darstellen, haben doch seine bejahrten Vorgänger De Nicola und Einaudi die Landesgrenzen nie überschritten. Gronchis Besuch in den Vereinigten Staaten, Frankreich und in der Schweiz (anlässlich der Simplonfeier) haben, obwohl sie im Palazzo Chigi, dem italienischen Außenministerium, nicht eitel Freude ausgelöst haben, das Prestige Italiens zweifelsohne verstärkt. Wenn Pella heute Präsident der europäischen Stahl- und Kohlegemeinschaft ist, Außenminister Martino neben dem Kanadier Pearson und dem Norweger Lange mit der Ausarbeitung eines erweiterten NATO-Statutes betraut wurde und Italien als potentieller Vermittler im nahöstlichen Hexenkessel immer häufiger erwähnt wird, verdankt es z. T. diese Erfolge den Good-Will-Reisen seines Staatspräsidenten.

Sehr herzlich war der Empfang, den Rom Bundeskanzler Adenauer und Außenminister Brentano anfangs Juli bereitete. Für Italien liegen die Vorteile des Besuchsresultates vor allem auf wirtschaftlichem Gebiet, wird sich doch Westdeutschland, den Pressemeldungen nach zu schließen, in vermehrtem Maße am gigantischen Meliorationswerke des «mezzogiorno» beteiligen und italienische Arbeitskräfte absorbieren.

Im ökonomischen Sektor ist im verflossenen Halbjahr

eine erfreuliche Wirtschaftsbelebung

zu konstatieren, wie aus folgenden statistischen Hinweisen hervorgeht: Das *Brutto-*

einkommen Italiens hat sich von 11,8 Billionen Lire im Jahre 1954 auf 12,9 Billionen im Jahr 1955, also um 9,2% erhöht, was über die Erwartungen des Vanoni-Planes hinausgeht. Die *Arbeitslosenzahl* ist leicht zurückgegangen, bleibt aber mit 1,8 Millionen immer noch sehr hoch. Praktisch dürfte davon aber kaum die Hälfte einsatzfähig sein. Die *Gold- und Devisenreserve* ist wegen der aktiven Zahlungsbilanz (die amerikanische Hilfe allerdings miteingerechnet) auf 4½ Milliarden Schweizerfranken gestiegen.

Diese erfreuliche Entwicklung läßt sich auf die zwar langsam, aber stete Reduktion des Handelsbilanz-Defizites zurückführen, das im ersten Vierteljahr nur mehr 147 Milliarden Lire (gegenüber 159 in der Vergleichsperiode des Vorjahres) betrug. Vermehrte Devisenapports stammen auch vom steigenden See- und Luftverkehr, den Emigrantentransporten (es leben 4 Millionen Italiener im Ausland, die Doppelbürger nicht eingerechnet!) und vor allem vom

lawinenartig anwachsenden Tourismus.

Beinahe 11 Millionen Besucher, davon die Mehrheit per Auto, haben Italien im Vorjahr besucht und dem Lande 230 Milliarden Lire in Devisen überlassen. Die «Umsatzziffern» des Reiseverkehrs dürften für 1956 nochmals höher liegen. Aus diesem Grunde ist die bevorstehende Inangriffnahme der Arbeiten an der großzügigen

autostrada del sole,

die nach sechs Jahren Bauzeit Mailand über Bologna—Florenz—Rom mit Neapel verbinden wird, doppelt zu begrüßen. Die doppelte Fahrbahn von je 7½ Meter Breite dieser modernsten Autostraße Europas wird selbst auf den größten Steigungen und engsten Kurven Durchschnittsgeschwindigkeiten von mehr als 100 km gestatten. Die Schweiz wird im eigenen Interesse gut tun, durch Beschleunigung des Baus der Nord-Südachse der geplanten Nationalstraßen den «Anschluß in Mailand nicht zu verpassen»!

Auch der

Industrieproduktionsindex

ist in ständigem Anstieg begriffen und liegt für das erste Halbjahr 1956 wieder 9% höher als im Vorjahr, und doppelt so hoch als im Jahre 1938.

Weniger brillant ist die

Lage im landwirtschaftlichen Sektor.

Wenn auch die Frostschäden sich heute als weniger schwerwiegend herausstellen, als im Februar befürchtet werden mußte, so sind sie immer noch schmerzlich genug. Zehntausende von Olivenbäumen z. B. — von den Riesenschäden an exotischen Pflanzen, Sträuchern und Bäumen in den Gärten ganz zu schweigen — sind der Kältewelle zum Opfer gefallen. Der Getreide-, Öl-, Frucht- und Gemüseertrag hat Einbußen erlitten, die erst in einigen Monaten genau abzuschätzen sein werden. Mangel wird deshalb nicht bestehen, nur dürfte dieser Minderertrag die

inflationistischen Tendenzen

noch weiter fördern. Die 6%ige Erhöhung des Lebenskostenindex seit einem Jahr (33% seit 1947) muß nachdenklich stimmen, selbst wenn die nur progressiv deblockierten Mietzinse stark daran beteiligt sind. Zu Bedenken Anlaß gibt auch die weitere Staatsverschuldung von 325 Milliarden Lire seit dem Vorjahr, 6 Millionen Schweizerfranken pro Tag. Man kann nur hoffen, daß angesichts der ver-

besserten Wirtschaftslage die Regierung nun den Mut aufbringt, unpopuläre Sparmaßnahmen der öffentlichen Hand zu dekretieren. Allerends wird ja die erwünschte ausländische Finanzhilfe nur dann ergiebig zu fließen beginnen, wenn man in New York, London, Brüssel, Paris, Amsterdam und — last, not least — in Zürich die Überzeugung hat, daß nicht nur der *private* Sektor Italiens volles Vertrauen verdient (die ca. 500 Millionen Franken, welche die Schweiz in den vergangenen 15 Monaten italienischen Großunternehmungen in Form von Obligationenanleihen vorstreckte, sind ein Beweis hierfür), sondern auch der Staat als solcher. Videant consules romani!

Peregrinus

Augenzeugenberichte aus Marokko

Die nachfolgenden Begebenheiten schildern die Zustände in den ersten Monaten dieses Jahres. Daraus geht hervor, welche Anstrengungen von der Regierung zu erwarten sind, um im Lande die Ordnung und Sicherheit wieder herzustellen, die nötig sind und die es verdient.

Der Sultan, seine Regierung und die scharifischen Behörden bemühen sich gegenwärtig tatsächlich, dies zu verwirklichen. Das ist aber außerordentlich schwierig, denn es gibt immer noch genug unerwünschte und gefährliche Elemente, welche die Situation für ihre persönlichen Zwecke und Interessen ausnützen möchten. Obwohl sich die Lage seit einiger Zeit merklich bessert, herrscht unter vielen Europäern eine ständige Angst vor allem, was noch kommen kann. Es kommt, je nach der Gegend, ganz auf den betreffenden Gouverneur, Pascha oder Caid an, ob die Ordnung strenger oder weniger streng aufrechterhalten wird. Manche von ihnen sind sehr energisch und sorgen rücksichtslos dafür, dies in ihrem Bezirk zu erreichen, während andere sich nicht genügend gestützt fühlen, ihre Gegner fürchten und daher nicht entsprechend auftreten. Ferner sind vielen von ihnen so große Gebiete unterstellt, daß sie auch bei gutem Willen ihre Arbeit fast nicht bewältigen können.

Der marokkanische Landarbeiter weiß oft nicht recht, an was und an wen er sich zu halten hat, da er vielen verschiedenen Einflüssen ausgesetzt ist, von denen jeder seine Macht geltend machen will. Die Syndikate, die politischen Parteien und die *Armée de la Libération* arbeiten sehr oft nicht im Sinne der Regierung, sondern gehen ihre eigenen Wege und sind eifersüchtig auf die Regierungsvertreter und deren Erfolge. Die große Arbeiterorganisation, die *Union Marocaine du Travail* (UMT) hat in allen größeren Ortschaften ihre Vertreter, und es ist anerkennenswert, wie sich viele dieser Parteifunktionäre bemühen, Differenzen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu schlichten. Dem steht aber entgegen, daß auf den Gutsbetrieben häufig «Delegierte» der UMT auftreten, welche die Arbeiter aufhetzen und sie zu ungerechtfertigten und unvernünftigen Forderungen verleiten, sehr oft mit dem Hinweis, daß es sich um Befehle der UMT handle und daß diese überall befolgt werden müßten. Natürlich wehren sich die Arbeitgeber und verteidigen ihre Interessen, und dann stellt sich meistens heraus, daß diese «Delegierten» der UMT entweder gänzlich unbekannt oder auf alle Fälle nicht beauftragt sind, sondern einfach mit großen Worten aufgetreten sind, um sich wichtig zu machen. Natürlich entscheidet dann die vom Arbeiter angerufene UMT zu Gunsten des Arbeitgebers, was jene enttäuscht und oft sehr fatale Konsequenzen hat, da dadurch neues Mißtrauen und Unruhe entstehen.

Sehr oft mischen sich auch die Partei des *Istiqlal* oder die Partei *Démo-*

cratique Indépendant (PDI) in verschiedene Angelegenheiten und entscheiden oft unbeschreiblich willkürlich, so daß weder der Arbeitgeber noch der Arbeitnehmer dort auf richtige Unterstützung rechnen können und sich eben zu helfen versuchen, so gut sie können. Wie schon erwähnt, diese Zustände bessern sich nach und nach, dadurch, daß die Obrigkeit wieder durch den Pascha oder den Caid sichtbar vertreten wird, denn für patriarchalisch eingestellte Menschen, wie es die Marokkaner sind, ist es von ausschlaggebender Bedeutung zu wissen, daß ein Repräsentant der Regierung, d. h. des Sultans da ist, und daß jeder weiß, daß er sich gegebenenfalls an ihn wenden kann oder — im umgekehrten Sinn — sich vor ihm zu verantworten hat.

Hier einige Beispiele:

Infolge der Anschläge auf die verschiedenen Forsthäuser machte der Hochkommissar den Sultan auf die Unhaltbarkeit dieser Zustände aufmerksam und teilte ihm gleichzeitig mit, er habe ungefähr hundert dieser Posten einziehen lassen und werde alle anderen auch aufheben, falls diese Überfälle nicht aufhören sollten. Kurze Zeit darnach wurde ein Forsthaus in der Mamora überfallen und der Brigadier Payeur ermordet (der Bericht stand in allen Zeitungen). Wie er es vorausgesagt hatte, ließ der Hochkommissar ca. 200 abgelegene Posten evakuieren und zwar innerhalb vierundzwanzig Stunden. Hierauf erklärte der Landwirtschaftsminister, er bezahle keine Beamten, die nicht arbeiten, was den Hochkommissar veranlaßte, die betroffenen Förster nach Frankreich versetzen zu lassen. Der Minister Ahmed ben Mansour Nejjai orientierte den Sultan über diese Ereignisse, worauf am 18. April 1956 in allen Zeitungen ein Communiqué veröffentlicht wurde, in dem unter anderem stand: «Malheureusement, jusqu'à l'heure actuelle, les maigres moyens mis par la France à la disposition de notre gouvernement ne lui ont pas permis d'assurer efficacement la protection du territoire et de poursuivre et d'arrêter toutes les bandes de malfaiteurs qui ne cessent de rançonner les populations paisibles de ce pays.»

Die Folgen dieser Situation sind nicht abzusehen. In einem so waldarmen Land ist der Mangel an Holz sehr schnell fühlbar. Wenn also der Schutz der Staatswäldungen aufgegeben wird, muß man sich fragen, was den Privatwäldern und den aufgeforsteten Gebieten für ein Schicksal bevorsteht? Ferner muß man sich fragen, wie sich diese Maßnahme mit der scharfen Bemerkung des Hochkommissars zusammenreimt, wonach jeder Farmer, der sein Gut nicht weiter bewirtschaftet wie bisher oder gar dasselbe verläßt, ein Verräter an der «cause française au Maroc» ist.

Ein Gutsbesitzer schreibt: «Einer meiner Bekannten verwaltet ein recht abgelegenes, sehr großes Gut, das seiner Familie gehört. Da er die letzten zwei Jahre oft durch Feuersbrünste geschädigt wurde und auch im vergangenen Winter mancherlei Unruhen erlebte, verlangte und erhielt er militärischen Schutz. Er wurde, für kurze Zeit, nach Frankreich gerufen und fragte den Contrôleur civil (Präfekt) um Rat. Dieser versicherte ihm, er könne ruhig fahren, denn der Militärposten bleibe zum Schutze des Gutes und der zwei Europäerfamilien (Verwalter und Mechaniker) an Ort und Stelle, und falls das Militär aus irgend einem Grunde eingezogen werden müßte, würde er, der Contrôleur, ihm sofort Bericht erstatten. Als er nach ca. zwei Wochen zurückkam, waren die Gebäude niedergebrannt, und er erfuhr, daß seine beiden Angestellten eines Tages den Befehl des Contrôleurs erhalten hatten, das Gut sofort zu verlassen und der Militärposten das Gut zu gleicher Zeit verlassen habe. In der darauffolgenden Nacht wurden die Gebäude geplündert und angezündet, ohne daß der Eigentümer, der inzwischen schon in Casablanca angekommen war, benachrichtigt worden wäre. Dies geschah im März dieses Jahres. Im Juni erntete dieser Gutsbesitzer seine Getreidefelder unter dem Schutz der Armée de la Libération.

Ein anderer Farmer, dessen Gut ungefähr 150 m von der Straße Meknès—Rabat entfernt liegt, ging auf den Soukh (Markt) nach Khemisset. Als er zurückkam, fand er seine Frau, die allein zurückgeblieben war, wie das an Soukhtagen manchmal vorkommt, am Boden liegend, die Hände auf den Rücken gefesselt, voll Wunden und auch sonst in einem unbeschreiblichen Zustand. Nachdem sie sich einigermaßen erholt hatte, erzählte sie ihm, daß ihr plötzlich einige Marokkaner gegenübergestanden, die durch eine hintere Türe in das Haus gelangt waren. Im gleichen Moment wurde sie gepackt, gefesselt und ein Tuch über ihren Mund gebunden. Die Männer durchstöberten das ganze Haus und vernichteten das meiste. Zuletzt wandten sie sich an die Frau und verlangten Geld, die Waffen und die Munition ihres Mannes. Als die Frau beteuerte, sie habe kein Geld im Haus und wisse nicht, wo Waffen und Munition seien, wurde sie halb zu Tode geprügelt und in dem oben erwähnten Zustande liegen gelassen.

Auf zwei Gütern (ca. 30 km von Rabat entfernt) ereignete sich folgendes: Nach vorher eingeholtem Einverständnis der UMT wurden zwei Arbeiter, unter genauer Beobachtung der entsprechenden Vorschriften, entlassen. In beiden Fällen handelte es sich um nachweisbar schlechte Arbeiter und unzufriedene, unruhige Elemente. Da sie in der Gegend bekannt waren, fanden sie keine Arbeit und verlangten nach kurzer Zeit, von ihren alten Arbeitgebern wieder eingestellt zu werden, was diese natürlich ablehnten. Hierauf gelang es ihnen, ihre alten Arbeitskameraden derart aufzustacheln, daß diese erklärten, die Arbeit niederzulegen, wenn dem Wunsch der Entlassenen nicht entsprochen werde. Da die beiden Farmer nicht darauf eingingen, ruht seither die Arbeit dort, und der eine, Besitzer einer großen Anzahl Milchkühe, war gezwungen, seine Kühe auf ein anderes Gut zu bringen. Inzwischen ist dort ein Caid eingesetzt worden, und zwar ein sehr energischer, welcher für Ordnung sorgt.

In einem Dorf in der Nähe von Rabat betreibt eine Familie ein Café mit einer Spezereihandlung. Eines Abends hörten sie plötzlich großen Lärm in der Handlung, kamen nach vorne und sahen, wie etwa zehn schwer bewaffnete Fellaghas (aufrührerische Nordafrikaner) Konservenbüchsen, Konfitüregläser usw. herunterrissen und damit verschwanden. Da die Besitzer Angst hatten, ließen sie die Leute machen. Plötzlich hörten sie vor dem Hause Schreie, Schüsse; es gab einen wilden Kampf zwischen den Fellaghas und den Eingeborenen des Dorfes. Einer wurde getötet. Am anderen Morgen wurden die Inhaber des Cafés beschuldigt, den Mann getötet zu haben. Es entstand ein riesiger Aufruhr von ca. 200 Arabern, der sich gegen diese Europäer richtete, die schon seit über zwanzig Jahren am Orte gut bekannt sind.

Bei Port Lyautey pflügten Fellachen (arabische Bauern) ihre Felder und dazu noch über die Grenzsteine hinaus ein Stück des Feldes eines Europäers. Dieser beklagte sich bei den zuständigen Behörden und säte in der Folge dieses Stück mit seinem anderen Land zusammen an. Als die Saat aufgegangen und schon ziemlich hoch war, fand er eines Tages eine ganze Schafherde in jenem Teil und jagte natürlich die Tiere schleunigst hinaus. Hierauf gab es einen Aufruhr der arabischen Nachbarn, und kurz darauf erschien eine Istiqlal-Delegation, welche dekretierte, daß derjenige, der pflüge, Anspruch auf die Ernte habe, und im übrigen habe er eine Buße von frs. 100 000.— in die Parteikasse zu bezahlen. Von irgendeinem Schutz des Geschädigten war auch hier keine Rede.»

Ein weiterer Gutsbesitzer schreibt: «An einem Abend suchten mein Verwalter, der ‚Caporal‘ (Bezeichnung für die arabischen Vorarbeiter) und ich den Nachtwächter des Hofes. Endlich entdeckten wir ihn, tief schlafend. Nach entsprechendem Verweis wollte ihn der Verwalter entlassen, verzichtete jedoch zuletzt darauf, zufolge der Fürsprache des ‚Caporal‘. Einige Tage darauf erhielt dieser letztere einen Drohbrief, in welchem er als ‚mouchard‘ und Feind seiner

mohammedanischen Brüder hingestellt wurde. An Deutlichkeit ließ der Brief nichts zu wünschen übrig, denn es steht darin: ‚il faut désormais faire attention, sinon tu risques de rendre tes enfants orphelins‘, und er schließt: ‚... et si, dorénavant il nous parvient quelque chose, tu mourras.‘ Der Brief war so verfaßt, daß der Empfänger annehmen konnte, es stecke eine politische Partei dahinter. Er versuchte nun mit allen Mitteln, den Urheber zu ermitteln; u. a. erkundigte er sich auf dem Parteibureau des Istiqlal, ohne jedoch das geringste herauszufinden. Natürlich fühlt sich der Mann seither äußerst unsicher und von unsichtbaren Feinden bedroht und außerdem — und das ist noch viel schlimmer — fühlt sich auch der Verwalter nicht mehr sicher.

Auf einem anderen Gut erhielt der dortige ‚Caporal‘ während der Mittagspause von einem seiner Arbeiter plötzlich einen Stein an den Kopf, ohne daß vorher etwas besonderes vorgefallen war, und einen Moment nachher hagelte es von allen Seiten, und er wäre buchstäblich gesteinigt worden, wenn ihn nicht ein paar alte Arbeiter verteidigt hätten. Diese, von den Angreifern verfolgt, flüchteten und trafen unterwegs den Verwalter, der auf dem Wege zum Arbeitsplatz war. Er fand den ‚Caporal‘ ohnmächtig unter einem Karren, wo er Schutz gesucht hatte, und transportierte ihn nach Rabat in ein Spital. Die alarmierte Gendarmerie kam sehr schnell, verhörte die Beteiligten und ersuchte den Contrôleur Civil um Genehmigung, die Schuldigen zu verhaften. Dieser war einverstanden unter der Bedingung, daß der Caid zustimme. Dieser kam auf das Gut, rief die Arbeiter zusammen und machte ihnen schwere Vorwürfe und ... empfahl, den ‚Caporal‘ sowie dessen Verteidiger zu entlassen, um weitere Unruhen zu verhindern. Hierauf wurde der Contrôleur gebeten, einzugreifen, was er ebenso höflich wie deutlich ablehnte. Der Caid konnte nichts machen, da er nicht mehr offiziell im Amt war (und seither definitiv abgesetzt wurde). Nun schwoll den Arbeitern der Kamm, und sie fuhren nach Rabat, um sich zu beklagen. Über was, konnte man nie erfahren. — Als Ergebnis dieser Démarche wurde dem Besitzer ein Brief der UMT gebracht, in welchem er in höflichem Ton ersucht wurde, die nötigen Maßnahmen zu treffen, um derartige und vielleicht noch schwerere Unruhen zu vermeiden. Er schrieb sofort der UMT und bat sie um eine Erklärung, was ihm vorgeworfen und was von ihm verlangt werde. Keine Antwort. Nach zehn Tagen schrieb er neuerdings, worauf er von dem Sekretariat aus telephonisch angefragt wurde, was er eigentlich wünsche. Er erklärte die Angelegenheit und betonte, daß nicht er, sondern sie selbst etwas von ihm wollten, worauf man versprach, die Sache zu untersuchen und Bericht zu geben. Er erhielt keinen Bericht, und auf dem Gut herrscht eine Art Waffenstillstandsstimmung, und es wird sehr schlecht gearbeitet. Seither weidet immer eine Menge fremdes Vieh in den jungen Pflanzungen, das großen Schaden anrichtet. Es gab zwar einen sogenannten Vertrauensmann des Istiqlal für diese Gegend, der vor einiger Zeit viel von sich reden machte und sogar ein paarmal eingegriffen hat. Seitdem er aber bedroht und nicht richtig unterstützt wurde, tut er gar nichts mehr, und als man ihn wegen des ‚Caporal‘ um Beistand ersuchte, beteuerte er, gar keine Funktion zu haben und zu keiner Partei zu gehören.

Was das Weidenlassen von Vieh auf fremdem Boden (délits de paccage) anbelangt, so muß betont werden, daß dieses Vergehen früher immer streng bestraft wurde, und zwar sowohl von den scherifischen als von den Protektoratsbehörden, insbesondere natürlich von der Forstverwaltung. Ein Farmer fand in seinen ca. 150 Hektaren umfassenden Eucalyptuspflanzungen regelmäßig Kühe, Schafe und Ziegen, und zwar immer zwischen zwei- und vierhundert Stück. Einer seiner Freunde, der große Mimosen- und Eucalyptuspflanzungen besitzt, fand bis zu zweitausend Stück Rindvieh in seinen Pflanzungen. Wesentlich ist, daß es sich in diesem Jahr, wo es ausnahmsweise viel regnet und überall relativ gute Weide ist, nicht um Wunsch nach Nahrung für das Vieh handelt, sondern der

Vorfall ist fast ausschließlich der Ausdruck des Zerstörungswillens der Eingeborenen an der von den Europäern geleisteten Arbeit der Valorisierung des Landes. Diese fühlten sich um so sicherer, weil sie genau wußten, daß niemand da war, um sie zur Rechenschaft zu ziehen und zu bestrafen.

Mit welchen Schwierigkeiten die Behörden rechnen müssen, zeigte vor einigen Monaten folgender Zwischenfall: in einer gewissen Gegend tauchte das Gerücht auf, der ehemalige Caid werde in seinem Amt bestätigt werden. Hierauf ließen seine Gegner auf dem Soukh öffentlich ausrufen, daß sie ihn nicht anerkennen würden. Sollte er wirklich ernannt werden, so würden sie ihn ermorden. Wenn man sich vor Augen hält, daß die Caid's vom Sultan direkt ernannt werden, so gibt ein solcher Vorfall allerhand zu denken. Ebenso die Tatsache, daß es in einigen Stämmen zwischen den Anhängern und Gegnern der neuernannten Caid's zu schweren Auseinandersetzungen kommt, und daß sich viele von ihnen nicht sehr sicher fühlen.»

Ein anderer Gutsbesitzer schreibt: «Mein Verwalter meldete mir, der Tagwächter der Orangenpflanzung habe ihm gesagt, es seien Orangen gestohlen worden. Weder die beiden Nachtwächter noch zwei neben der Pflanzung wohnende Arbeiter wollten etwas gehört haben. Viele Fußspuren führten von der Orangerie direkt an die große Landstraße, die vielleicht 250 m entfernt ist, wo man im weichen Straßenrand deutliche Abdrücke eines großen Camions fand. — Haben meine Wächter und meine Arbeiter nichts gehört, oder behaupten sie aus Angst vor den Dieben, nichts gehört zu haben? Ich avisierte sofort die Gendarmerie, die dann am nächsten Morgen erschien und mir als Hauptsache mitteilte, es würden in der ganzen Gegend massenhaft Orangen und anderes gestohlen, und sie hätten deshalb sehr viel Arbeit. Im übrigen seien meine Orangen ausgezeichnet! Ihr Interesse wurde erst etwas lebhafter, als ich betonte, ich würde die gestohlene Menge Orangen auf ungefähr zehn Tonnen schätzen. Anfangs Juni, zwei Monate nach diesem Vorfall, erschien eine Gendarmeriepatrouille bei mir, wies ein offizielles Schriftstück vor, auf welchem ich mein Einverständnis geben sollte, die Untersuchung zurückzuziehen. Wie mir die Gendarmen mitteilten, führe sie doch zu nichts.

Meine Arbeiter erhalten seit Jahren, zu einem reduzierten Preis, eine bestimmte Menge Weizen, der Größe ihrer Familie entsprechend. Mein Vorrat reicht meistens bis März oder April, von welchem Zeitpunkt an die Leute den Weizen auf dem Soukh kaufen. Dieses Jahr, wo alles in Gärung war, glaubte ich ein übriges tun zu müssen und beauftragte den Verwalter, den Arbeitern die Differenz zwischen dem Weizenpreis, den ich ihnen berechnete, und demjenigen, den sie auf dem Soukh zu bezahlen hätten, zu vergüten. Ich glaubte dadurch die Angelegenheit in ihrem Interesse erledigt zu haben. Aber das Gegenteil traf zu. Sie verlangten, unter Streikandrohung usw., den Weizen, und waren nicht davon abzubringen, ohne Rücksicht auf das, was in früheren Jahren üblich war. Auch hier mußte man nachgeben, um, wie man mir betonte, Zwischenfälle zu vermeiden.»

Noch ein anderer Gutsbesitzer berichtet: «Vor einigen Monaten erhielten die meisten Güter Waffen und Leuchtraketen zum Schutz gegen die Fellaghas. — Diese wurden inzwischen wieder eingezogen. — Militärische Posten waren überall verteilt, und hie und da erkundigten sich Militärpatrouillen, ob eventuell abgeschossene Leuchtraketen von ihren Posten aus gesehen werden könnten. Vor noch nicht langer Zeit erwachte mein Verwalter mitten in der Nacht infolge einer heftigen Detonation, welcher sofort eine zweite folgte, und zwar, wie er das Gefühl hatte, ganz in der Nähe des Gutshofes. Er sah sich vorsichtig um, ohne irgend etwas bemerken zu können und ohne daß die lautlose Stille irgend-

wie gestört worden wäre. Hierauf brannte er die drei vorgeschriebenen Raketen ab und wartete, in der Meinung, eine Militär- oder Gendarmeriepatrouille müsse innerhalb längstens zwanzig Minuten erscheinen, da die Distanz vom Dorf bis zum Hof sieben Kilometer beträgt. Es geschah aber gar nichts, und als er am anderen Morgen auf der Gendarmerie Meldung machte, sagte man ihm, sie hätten keine Befehle erhalten, auf derartige Signale aufzupassen, und das Militär sei, soviel sie wüßten, nicht mehr im Dorf.»

Die geschilderten Vorfälle mögen zeigen, wie tief solche Ereignisse in das tägliche Leben eingreifen. Mit Disziplin, gutem Willen und ehrlichem Handeln aller Beteiligten wird es möglich sein, trotz allen Schwierigkeiten dem Lande den Frieden und die Stellung zu sichern, die schon Marschall Lyautey seinem Plane zu Grunde gelegt hatte. Wie die marokkanische Regierung immer wieder betont, kann dieses Ziel nur auf der Grundlage der rechtmäßigen Ordnung und Sicherheit erreicht werden.